



Das Knirschen im Gebälk

Ich würde diesen Aufsatz gerne viel weiter fassen und damit beginnen, mit welcher unerschütterlicher Intensität in den USA versucht wird, den gewählten Präsidenten zu stürzen, der sich selbst als das Opfer der größten jemals dagewesenen Hexenjagd bezeichnet, und damit gar nicht so falsch liegt.

Ich würde diesen Aufsatz gerne viel weiter fassen und auch darauf hinweisen, mit welcher kriminellen Energie in Österreich eine böartige Inszenierung zum Sturz der Regierung Kurz durchgezogen wurde.

Ich würde diesen Aufsatz gerne viel weiter fassen und selbstverständlich auch darauf hinweisen, mit welcher Zähigkeit die Mehrheit des britischen Unterhauses permanent daran arbeitet, bloß für nichts, aber auch gar nichts, eine Mehrheit zustande zu bringen, mit der – oder gegen die – ein BREXIT durchgezogen werden könnte. Ich würde diesen Aufsatz gerne noch weiter fassen und auch die Situation in Italien, den Sturz Salvinis, mit einbeziehen, um jene Frontlinie zu verdeutlichen, an der versucht wird jegliches Aufkeimen eines Wunsches nach Rückgewinnung nationaler Souveränität – unmittelbar und Exempel statuierend – zu vernichten.

Ich würde diesen Aufsatz gerne auch noch in einer anderen Beziehung viel weiter fassen und darauf hinweisen, dass es nicht nur die Häscher des Globalismus sind, die sich wie die Furien auf alles stürzen, was noch nationalstaatliche Lebenszeichen von sich gibt, sondern dass die gleiche Macht mit nicht minder großem Einsatz versucht, der Menschheit weiszumachen, sie müsse sich endlich unter einer gemeinsamen Führung zusammenfinden, alle „Egoisten“ vergessen und das große Menschheitsopfer bringen, an dessen Ende der Drache „CO2“ erlegt sein würde, so dass die Meeresspiegel wieder sinken und die Gletscher wieder wachsen können.

Wer Augen hat, zu sehen, erkennt, dass es sich dabei um die gleiche erbitterte Auseinandersetzung handelt, bei der auf Verluste, und seien sie noch so groß, keine Rücksicht genommen werden darf, weil es in jeder der vielen Schlachten um nicht weniger als um's Ganze geht. Eine Weltregierung ist nämlich keine

Weltregierung, solange auch nur ein winziges Atoll in der Südsee noch stolz seine eigene Flagge hisst.

Das ist zwar vollendeter Blödsinn, aber auch der Wunsch, die ganze Welt beherrschen zu wollen, ist schon Blödsinn, psychisch kranker Blödsinn, so dass das Streben nach der totalen Kontrolle nichts anderes ist, als die schon vorweggenommene, panische Angst vor dem Kontrollverlust.

Globalisten, so sie denn nicht nur als opportunistische Mitläufer und Trittbrettfahrer in Erscheinung treten, sind irre.

Ein einfacher Test, um die vom Irrsinn Befallenen zu erkennen, besteht darin, ihre Pläne daraufhin zu durchleuchten, ob sie gegen die Freiheit und damit „gegen die menschliche Natur“ gerichtet sind und zu ihrer Verwirklichung „den besseren Menschen“ erst erziehen und zurechtbiegen müssen. Stichworte, die dabei fallen, sind in aufsteigender Reihe des Härtegrades:

- Wir müssen motivieren und Anreize setzen.
- Wir müssen unsere Pläne besser erklären, die Ziele vermitteln und die Menschen mitnehmen.
- Es ist höchste Zeit ein allgemeines Umdenken in Gang zu bringen.
- Letztlich hilft Lenkung und Steuerung durch Steuern und Verteuerung immer noch am besten. Der Griff ans Portemonnaie wirkt immer.
- Wo keine Einsicht anzutreffen ist, müssen wir verbieten und bestrafen.
- Die bestehenden Verbote und Strafen sind nicht abschreckend genug, wir müssen sie verschärfen.
- Wer sich gegen die Gemeinschaft stellt, hat jedes Recht verloren und jeder, der zu uns gehört, hat solchen Abschaum zu meiden und zu bekämpfen.

Doch, wie bereits erwähnt, will ich diesen Aufsatz gar nicht so weit fassen, die Rahmenbedingungen nicht weiter ausmalen, als hier eingangs kurz skizziert, und mich wirklich auf jenes Geräusch konzentrieren, auf das Knirschen im Gebälk des deutschen Hauses, das 17 Jahre nach dem letzten lauten Knirschen (2002, Schröder, Hartz, Agenda 2010) für die Sensibilisierten wieder unüberhörbar ertönt.

Damals wurden in einem unerhörten Kraftakt die deutschen Grenzen für das Kapital und für osteuropäische Arbeitskräfte geöffnet, so dass Millionen von sicheren, gut bezahlten Arbeitsplätzen in Deutschland vernichtet wurden. Allen voran haben sich die öffentlichen Hände, der Bund (einschl. Bundeswehr!), die Länder und die Kommunen von mindestens einer Million Beschäftigten getrennt. Aber selbstverständlich wirkte auch die Industrie kräftig mit, die ihre Werke im Ausland errichtete oder gleich „die Arbeit“ bei ausländischen Unternehmen in

Auftrag gab (Outsourcing). Dies alles unter dem Vorwand, die Arbeitslosigkeit binnen drei Jahren auf nur noch 2 Millionen halbieren zu wollen.

Seitdem heißt es: „Deutschland wurde durch die Reform der Sozialgesetzgebung gerettet. Deutschland geht es gut.“

Fakt ist, dass sich in der deutschen Gesellschaft seither die Schere zwischen den Reichen und den Armen schneller und kräftiger denn je zuvor geöffnet hat. Fakt ist, dass die monatlich in den Schlagzeilen der Presse auftauchenden Jubelmeldungen zum Stand der Arbeitslosigkeit nur durch eine beispiellose Umstellung der statistischen Erfassung und Darstellung auch nur in die Nähe jener angestrebten 2 Millionen manipuliert wurden, während die Zahl der auf Transferleistungen angewiesenen Personen ziemlich stabil bei etwa 6 Millionen verharrt.

Diese von der SPD angerichtete, und daher tatsächlich von vielen Mitbürgern für lange Zeit als zwar schmerzhaft, aber letztlich doch heilsame soziale Großtat betrachtete Zerstörung funktionierender Strukturen, von der von Anfang an klar war, welches Fiasko auf dem Arbeitsmarkt angerichtet werden sollte, wurde selbstverständlich von den Unionsparteien mitgetragen, sie wurde von der FDP begrüßt, die Grünen haben mit dafür gestimmt und selbst unter den Gewerkschaftslinken gab es, wenn schon keine jubelnde Zustimmung, so doch wenigstens keinen hörbaren Widerspruch.

Deutschland war damit für die Globalisierung „geknackt“, aufgebrochen wie der Acker vom Pflug. Das Ende der Steuerpflicht von Veräußerungsgewinnen von Beteiligungen zerbrach auch die Strukturen der „Deutschland AG“, die Zulassung von Hedge Fonds auf dem deutschen Finanzmarkt ruinierte die Reste von Ehrbarkeit unter den Kaufleuten, weil man sich vor dem Gefressenwerden im Haifischbecken nur noch durchs Mittun retten konnte.

Bis vor vier, fünf Jahren sah es so aus, als habe das Gebälk – auf abgesenktem Niveau – ein neues stabiles Gleichgewicht gefunden, denn das Knirschen war leiser, am Ende unhörbar leise geworden.

Deutschland schien fest und sicher auf der globalistischen Spur in die richtige Richtung zu rollen. Der Versuch, die inzwischen eigenen Kummer gewohnten und daher ausgesprochen mitleids- und hilfsbereiten Deutschen als ein leuchtendes Vorbild für die gesamte EU aufzubauen, deren Willkommensgeschrei Franzosen, Italiener, Österreicher, Ungarn, Polen, usw. mitreißen sollte, hat dann aber schnell unerwünschte Nebenwirkungen hervorgerufen. Nicht nur, dass das Mitreißen der übrigen EUropäer nicht funktioniert hat, es ist eine nicht mehr zu ignorierende Gegenbewegung entstanden, sogar in Deutschland, wo man sich zu

lange darauf verlassen hatte, mit der Nazikeule ein hinreichend wirksames Werkzeug in der Hand zu haben, antiglobalistische Strömungen niederzuhalten.

Als erkannt wurde, dass das nicht funktioniert, begann der konzentrierte Angriff auf die deutsche Wirtschaft. In den USA wurde der Diesel-Skandal aus der Taufe gehoben. Es ging, das darf man nicht vergessen, um die Überschreitung hinrissig niedrig angesetzter NOx-Werte, nicht um das CO₂, denn der Diesel-Motor ist, was CO₂-Emissionen betrifft, weit günstiger als der Benziner. Die CO₂-Panik wurde von der UN und vom so genannten „Weltklimarat“ (IPCC) als zweiter Angriffskeil ausgelöst und hat sich – im einfältigen Herzen des deutschen Michel – prompt mit der von der DUH befeuerten NOx-Panik in einen Topf geworfen.

Der Gedanke, es könne sich bei dem hier vorgetragenen nur um eine vollkommen ungläubwürdige Verschwörungstheorie handeln, denn „niemand würde doch so blöd sein, seine Investitionen in eine blühende Industrie für eine ferne Wahnidee zu opfern“, hört sofort auf, schlüssig zu sein, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die „Investition“ bei 99,9 Prozent der „Investoren“ nichts anderes ist, als ein Aktienpaket. Nichts als ein von den Maschinen und Anlagen, von den Beschäftigten und den Produkten, von den Lieferanten und den Kunden vollkommen losgelöstes, börsennotiertes Anrecht auf Gewinnbeteiligung.

Es ist die Fiktion einer Sachanlage, die man an der Börse zu möglichst guten Kursen verkauft, um dafür die renditeträchtige Fiktion einer anderen Sachanlage zu erwerben, bevor man dafür sorgt, dass die reale Sachanlage, von deren Kapitalanteilen man sich getrennt hat, zerschlagen wird, um unter der Bevölkerung die Angst auszulösen, von der man annimmt, sie würde ausreichen, den „People“ gefügig zu machen.

Die irrsinnige Energiepolitik, die dem Einsatz elektrischer Energie den absoluten Vorrang einräumt, gleichzeitig aber den sicheren und preiswerten Teil der Stromerzeugungsanlagen stilllegt und abwrackt, trägt zudem dazu bei, dass der Standort Deutschland für die industrielle Erzeugung immer weniger attraktiv wird und sich die Sicherheit der Energieversorgung schnell dem desolaten Zustand der bewusst vernachlässigten übrigen Infrastruktur anpasst.

Und was hören wir aus Berlin?

- Wir müssen motivieren und Anreize setzen.
- Wir müssen unsere Pläne besser erklären, die Ziele vermitteln und die Menschen mitnehmen.
- Es ist höchste Zeit ein allgemeines Umdenken in Gang zu bringen.
- Letztlich hilft Lenkung und Steuerung durch Steuern und Verteuerung immer noch am besten. Der Griff ans Portemonnaie wirkt immer.

- Wo keine Einsicht anzutreffen ist, müssen wir verbieten und bestrafen.
- Die bestehenden Verbote und Strafen sind nicht abschreckend genug, wir müssen sie verschärfen.
- Wer sich gegen die Gemeinschaft stellt, hat jedes Recht verloren und jeder, der zu uns gehört, hat solchen Abschaum zu meiden und zu bekämpfen.

Eigentlich hatte ich diese Einschätzung (viel weiter gefasst, siehe oben) Ende Oktober nur im Dossier „[EWK – Zur Lage](#)“ veröffentlichen wollen, wo ich alle zwei Monate versuche, die erkennbaren Trends in größere Zusammenhänge zu stellen und Ursachen und Absichten sichtbar zu machen. Hier geht es aber um eine so wichtige Entwicklung, dass ich sie guten Gewissens nicht hinter der (niedrigen) Bezahlschranke verbergen kann.

Deutschland steht vor dem zweiten De-Industrialisierungs-Schub dieses Jahrhunderts.

Ich habe beschlossen, auch diesmal, wie schon in den ersten Jahren nach 2002, soweit meine Möglichkeiten reichen, den Fortschritt der Arbeitsplatzvernichtung durch Stellenabbau (und sei er noch so sozialverträglich), durch Produktionsverlagerungen, Restrukturierungen und Insolvenzen zu dokumentieren.

Am Samstag, dem 21. September habe ich begonnen, die bis dahin im September 2019 verlautbarten diesbezüglichen Maßnahmen zu recherchieren. Was in den Monaten vorher an massiven Plänen zum Stellenabbau (z.B. Deutsche Bank, z.B. VW) verkündet wurde, habe ich gar nicht aufgenommen, um den Stichtag des Beginns der Aufzeichnungen, den 1. September 2019, sauber zu halten. An diesem ersten Tag habe ich 19 Einzelfälle mit zusammen 19.965 vernichteten Arbeitsplätzen gefunden. An den nächsten vier Tagen, bis einschließlich gestern, 25. September, hat sich die Gesamtzahl schon um über 14.000 auf 34.007 erhöht.

Die Statistik mit dem Titel „[Job-Wunder Deutschland](#)“ ist hier zu finden.

Sie wird laufend, ggfs. auch mehrmals täglich aktualisiert. Zu allen angeführten Fällen gibt es einen Link auf die Quelle der Meldung. Sie können dem Knirschen im Gebälk also relativ mühelos auf den Grund gehen. Ich wünsche Ihnen ein heil-sames Erschrecken.